

Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses der Stadt Voerde (NdrRh.) am 18.09.2012 im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 17.05 Uhr

Ende: 19.15 Uhr

Anwesend waren unter dem Vorsitz von Ratsherrn Schürken die Ratsfrau und Ratsherren sowie die sachkundigen Bürger

Neßbach, Nosbisch , Krieg, Friedrichs (s.B.)	SPD
Gördü (für Langenfurth), Schneider, Mölleken (für Sarres bis 19.15 Uhr), Holl, Hülser I.	CDU
Klenner, Thomas (s. B.) (für Jordan)	GRÜNE
Garden (für Goedejohann)	WGV
Niewerth	FDP
Goltz	LINKE
Challier	Seniorenbeirat

Es fehlten entschuldigt:

Langenfurth, Sarres, Jordan und Goedejohann

Von der Verwaltung waren anwesend:

Erster Beigeordneter Limke
Herr Seydel

Anwesende Zuhörer des Rates:

Als Gäste waren anwesend:

Anwesende Zuhörer:

7 Personen

Von der Presse waren anwesend:

2 Personen

Schriftführerin:

Frau Krechter

Vorsitzender Schürken eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere die anwesenden Gäste, Zuhörer und die Vertreter der Presse.

I. Zur Geschäftsordnung

- a) Prüfung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Vorsitzender Schürken stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Planungs- und Umweltausschusses gem. § 8 Abs. 1 in Verbindung mit § 26 und § 27 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse fest.
- b) Feststellung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wurde angenommen wie vorgelegt.
- c) Feststellung von Ausschließungsgründen gem. §§ 31 und 43 Abs. 2 und 50 Abs. 6 GO NW
Ausschließungsgründe wurden nicht vorgetragen.

II. Öffentliche Sitzung

01. Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Bürger stellten keine Fragen.

02. Ausbau der Bahnstrecke Oberhausen–Emmerich (Betuwe –Route) Städtebauliche Einbindung der Lärmschutzwände entlang der Bahnstrecke in Voerde Drucksache Nr. 540

Einleitend gab Herr Beigeordneter Limke einen Rückblick auf die nunmehr seit 20 Jahren in der Planung stehende Betuwe–Route. Da der Bau des 3. Gleises ohne Lärmschutz für die anwohnenden Bürger nicht akzeptabel sei, sind Lärmschutzwände erforderlich, die einer hohen städtebaulichen Qualität entsprechen müssen. Das Wohnen im Grünen, welches eines der zentralen Elemente in Voerde sei, müsse erhalten bleiben.

Danach erläuterte Herr Seydel ausführlich die Inhalte dieser Drucksache. Darüber hinaus gab er bekannt, dass nicht nur die Politik und Verwaltung über die Problematik der Betuwe–Route diskutieren sollten, sondern sich auch Voerder Bürger per Internet an dieser Diskussion beteiligen sollen. Dazu plane man, einen Fragebogen zu entwickeln, mit der Möglichkeit, Anregungen und Verbesserungsvorschläge zu äußern.

Nach dem Vortrag der Verwaltung, nahm Ratsherr Gördü Stellung und erklärte, dass nicht nur die Eisenbahnbrücke in Voerde, sondern auch die Eisenbahnbrücke in Friedrichsfeld an der Poststraße von den Fahrgästen als Bahnsteig genutzt werde. Insofern seien auch im Bereich des Friedrichsfelder Bahnhofs, entsprechend der Brücke an der Steinstraße, transparente Lärmschutzwände erforderlich.

Dieser Argumentation schloss sich ebenfalls Herr Garden an. Ferner wies er darauf hin, dass ein parallel zur Bahnstrecke verlaufender Weg zum Friedrichsfelder Schützenhaus ein neuralgischer Punkt werden könnte.

Herr Seydel erklärte, dass das Planfeststellungsverfahren für den Friedrichsfelder Bereich (Abschnitt 2.1) frühestens Ende 2012 beginnen werde. Zurzeit sei die Stellungnahme nur für den Planungsabschnitt 1.4 notwendig, wobei es hier um die gestalterische Qualität der Lärmschutzwände für die städtebauliche Einbindung im Allgemeinen ginge. Die Gestaltung der Bahnhöfe sei hierbei ausgeklammert.

Ratsherr Garden wies darauf hin, dass dann die in der Drucksache unter Punkt 3.1.12 „Zusammenfassende Bewertung“ verändert werden müsse. Die in der Prioritätenliste schwache Bewertung der Brücken bei den Bahnhöfen seitens der Verwaltung erwecke bei der Bahn ein falsches Bild über die doch wichtige Stellung der Bahnhöfe innerhalb der Ortsteile. Insofern solle man sie ganz aus der Prioritätenliste streichen und separate Gestaltungsvorschläge der Bahnhöfe erarbeiten.

Dem stimmte der Ausschuss zu, so dass in der Prioritätenliste statt der bisherigen 11 nur noch 9 Querungen aufzuführen seien. Demzufolge sind ebenfalls die Abschnitte 3.14 Verbindung Steinstraße und 3.1.11 Verbindung Poststraße aus der Gestaltungsleitlinie zu streichen. Ferner müsse Im Abschnitt 3.1 die Ausklammerung der Bahnhöfe einschließlich der Brücken Steinstraße und Poststraße näher erläutert werden.

Ratsherr Krieg trug vor, dass durch geschlossene, monotone Aluminium-Lärmschutzwände im Bereich von Bahnhöfen Angsträume entstehen. Auch solle in Bahnhofsbereichen zwischen den Gleisen keine 3. Lärmschutzwand aufgestellt werden, damit die Sichtverbindung zwischen den Bahnsteigen gewahrt bliebe. Um dennoch den Lärmschutz zu gewährleisten, solle man andere Möglichkeiten, wie z.B. die Glasüberdachung für den gesamten Bahnhof, in Erwägung ziehen.

Sachkundiger Bürger Friedrichs fragte nach, warum nur die Brücke über die Spellener Straße und nicht auch die Brücke über die Poststraße neu gebaut werde.

Herr Seydel erklärte, dass sich im Bereich der Brücke Spellener Straße die Gleisachse verschiebe, so dass die Brücke nicht weiter verwertet werden könne.

Ratsherr Nesbach bat, in Anbetracht der bekannten Diskussion zum Thema „Schwanenstraße“, den im 3. Absatz unter Punkt 2.3 in Klammern gesetzten Zusatz „ehemaliger Bahnübergang Grünstraße, Bahnübergang Schwanenstraße im Falle einer Schließung“ wegfällen zu lassen.

Dem wurde zugestimmt.

Ratsherr Garden fragte nach, wer für die Pflege und Instandsetzung der bestehenden Lärmschutzwälle verantwortlich sei.

Herr Seydel informierte, dass die alten Lärmschutzwälle weiterhin von der Stadt gepflegt werden, soweit nicht Vereinbarungen mit Anliegern bestehen. Die neuen Lärmschutzanlagen hingegen baue und unterhalte die Deutsche Bahn.

Herr Seydel bestätigte auf Nachfrage von Ratsherr Schneider, dass zusätzlich zum Lärmschutzwall bei dem Wohngebiet „Vor dem Wall“ voraussichtlich noch eine Lärmschutzwand geplant werde.

Ratsherr Gördü erkundigte sich, ob die bereits im Bereich des Friedrichsfelder Bahnhofs bestehende 3 m hohe Gabionenwand noch erhöht werde. Herr Seydel berichtete, dass die Deutsche Bahn voraussichtlich beabsichtige, Lärmschutzwände aus Aluminium mit einer Höhe von 3 – 4 m zu errichten.

Ratsherr Schneider erklärte, dass die parallel zur Eisenbahnlinie verlaufenden Rettungswege sich nicht alle in städtischer Hand befänden, so dass auch Privatgrundstücke betroffen wären. Er vermute, dass die dann folgenden Grundstücksverhandlungen nicht zügig abgewickelt werden würden. Herr Seydel antwortete, dass die Deutsche Bahn möglichst eigene Grundstücke nutzen wolle, dass aber teilweise Grundstücke, auch von Privatpersonen erworben werden müssten.

Herr Limke informierte abschließend, dass es für die „Betuwe-Route“ bereits eine Arbeitsgruppe der Feuerwehr mit dem Thema „Sicherheit“ gäbe, die sich mit der Unfallproblematik befasse.

Im Anschluss an die Diskussionsrunde wurde über den in der Drucksache genannten Beschlussvorschlag abgestimmt. Dabei wurde gefordert, dass die Gestaltung der Bahnhöfe nicht in dieser Gestaltungsleitlinie behandelt werden solle, sondern aufgrund der Gewichtigkeit dieser Anlagen eine separate Bewertung erfahren solle.

Die Verwaltung sagte zu, die besprochenen Änderungen in den Entwurf der Gestaltungsleitlinie einzuarbeiten.

Daraufhin fasste Planungs- und Umweltausschuss fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Planungs- und Umweltausschuss stimmt dem Entwurf der Gestaltungsleitlinie „Städtebaulichen Einbindung der Lärmschutzwände entlang der Bahnstrecke in Voerde (Anlage zur Drucksache 540) mit den protokollarisch festgehaltenen Änderungen zu.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, diesen Entwurf in der Bürgerschaft zur Diskussion zu stellen und ihn anschließend unter Berücksichtigung der Beteiligungsergebnisse dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

**03. Ausbau der Bahnstrecke Oberhausen–Emmerich (Betuwe–Route)
Delegation der Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich des Planfeststellungsverfahrens auf den Planungs- und Umweltausschuss
Drucksache Nr. 544**

Herr Seydel erläuterte, dass in Anbetracht der zeitlichen Planung eine Delegation der Entscheidungsbefugnisse vom Stadtrat auf den Planungs- und Umweltausschuss notwendig sei, da ansonsten die Frist zur Abgabe der Einwendungen nicht eingehalten werden könne.

Ratsherr Nesbach gab bekannt, dass seine Fraktion dieser wichtigen Entscheidung eine so große Bedeutung beimesse, dass diese vom gesamten Stadtrat zu treffen wäre. Er schlage deshalb vor, 2 Tage nach der Sondersitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20.11.2012, ebenfalls eine Sondersitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 22.11.2012, einzuberufen.

Auch alle anderen Fraktionen stimmten diesem Vorschlag zu.

Daraufhin zog Erster Beigeordneter Limke die **Drucksache Nr. 544 zurück**.

**04. Landesentwicklungsplan Nordrhein–Westfalen–
Sachlicher –Teilplan –Großflächiger Einzelhandel
Stellungnahme der Stadt Voerde
Drucksache Nr. 539**

Herr Seydel erklärte, dass durch den neu entwickelten „Sachlichen Teilplan „Großflächiger Einzelhandel“, die Bestandsentwicklungen im Gewerbegebiet Grenzstraße negativ beeinflusst werden könnte. Daher hat die Verwaltung, die in der Drucksache eingehend dargelegten Änderungsvorschläge erarbeitet. Nachdem Herr Seydel den Inhalt der Drucksache als auch die Problematik der Ansiedlung von zukünftigen Einzelhandelsbetrieben im Gewerbegebiet erläutert hatte, fasste der Planungs- und Umweltausschuss einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Voerde stimmt der als Anlage zur Drucksache Nr. 539 beigefügten Stellungnahme zu.

**05. Regionale Straßen in Voerde –Bericht über den Stand der Planungen
Drucksache Nr. 541**

Nachdem Herr Seydel die Drucksache kurz vorgestellt hatte, erkundigte sich sachkundiger Bürger Friedrichs nach dem Stand des Planfeststellungsverfahrens der B 58.

Herr Seydel informierte, dass die Stadt Voerde im vergangenen Jahr im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ihre Stellungnahme bei der Stadt Wesel eingereicht habe, bisher jedoch noch keine weiteren Mitteilungen über den Sachstand erhalten habe.

Ratsherr Garden fragte nach, wie der Entwicklungsstand des Trassenverlaufs Rahmstraße– Tenderingsee – Lohberger Straße –Ortsumgehung Dinslaken– sei.

Herr Seydel verwies auf die Anlage zur Drucksache und erklärte, dass weitere Informationen nicht vorlägen.

Der Vertreter des Seniorenbeirates, Herr Challier, fragte nach, ob die Anwohner der Dinslakener Straße an den Kosten für den Ausbau dieser Straße beteiligt würden.

Herr Limke erläuterte, dass der Ausbau dieser Straße im Wirtschaftsplan des KBV für das Jahr 2013 stehe. Straßenbaulastträger für die Fahrbahn und Radweg sei der Kreis Wesel. Nach einer kürzlich geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Kreis Wesel und der Stadt Voerde (Ndrh.) übernimmt der Kreis Wesel ebenfalls die Kosten für den Bau der Parkstreifen. Somit habe die Stadt nur noch den Fußweg als auch die Beleuchtung zu finanzieren. Nach dem Kommunal-Abgabengesetz werden dann die Anlieger an den Kosten für den Gehweg zu ca. 60% und für die Beleuchtung zu 70% herangezogen.

Ratsherr Garden erkundigte sich nach dem Profil der Straße. Da diese Frage nicht im Planungs- und Umweltausschuss, sondern im Betriebsausschuss behandelt werden müsste, erklärte Herr Limke lediglich, dass die Leitlinien zur Beurteilung des Straßenprofils aus dem Jahre 2005 weiterhin Anwendung finden.

Der Planungs- und Umweltausschuss fasste dann nach kurzer Diskussion einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Voerde nimmt den Bericht über den Stand der Planung für die regionalen Straßen in Voerde zur Kenntnis.

06. Mitteilung der Verwaltung

06.1 Bebauungsplan 83/ 1. Änderung –Sachstand Feuerwehrstandort Friedrichsfeld

Herr Seydel informierte über den Stand der Entwicklung für den Bau eines Feuerwehrgerätehauses an der B8/Hugo-Mueller-Straße.

Die dieser Niederschrift beigefügte Anlage stellt die derzeit aktuelle Planung der baulichen Anlagen auf dem Gelände dar. Im Gegensatz zum ersten Planentwurf beinhaltet dieser Entwurf zum einen den Wegfall des Zufahrtsweges zum Feuerwehrgerätehaus über die Fläche des Blumenhandels als auch eine Vergrößerung des gesamten Planbereiches. Ferner kann der Waldausgleich nicht mehr durch den Investor auf seinem Grundstück in Wesel erfolgen, da dieses bereits forstrechtlich als Wald beurteilt wurde.

Auf die von Herrn Gördu gestellte Frage, ob der Eigentümer die Kosten für die Bereitstellung einer Ausgleichsfläche zahlen müsse, antwortete Herr Seydel, dass die Stadt anstrebe, nicht mit zusätzlichen Kosten belastet zu werden.

Ratsherr Garden bemerkte, dass sich entsprechend den Entwürfen der Gebäudeansichten die Räumlichkeiten für den Pizzabäcker außerhalb des Dienstleistungsgebäudes befänden.

Herr Seydel erklärte, dass der Eigentümer offensichtlich beabsichtige, die Pizzastube in einem Pavillon unterzubringen.

Ratsherr Schneider möchte wissen, ob die Ansiedlung eines Dienstleistungsbetriebes und einer Pizzastube an dieser Stelle nicht dem Einzelhandelskonzept der Stadt Voerde widerspräche.

Herr Limke antwortete, dass ein Dienstleistungsbetrieb in diesem Bereich zulässig sei. Es widerspräche nicht dem städtischen Einzelhandelskonzept, da Dienstleistungen dort nicht geregelt würden. Gleiches gelte für eine Pizzastube als Gastronomiebetrieb.

Ratsherr Schneider kritisierte die Ampelschaltung im Kreuzungsbereich B8/Alte Hünxer Straße/Spellener Straße. Sie müsse so optimiert werden, sodass die 25 östlich der B 8 wohnenden Feuerwehrleute bei einem Einsatzfall nicht durch eine rote Ampelschaltung behindert würden. Eine „Grünschaltung“ auf Seiten der Spellener Straße solle die unverzügliche Zufahrt der Feuerwehrleute zu ihrem Feuerwehrgerätehaus gewährleisten.

Laut Straßen NRW, so Herr Limke, wäre eine Gleichschaltung der oben genannten Ampel mit der im Kreuzungsbereich B8/Am Industriepark auf „Rot“ für ein ungehindertes Ausfahren der Feuerwehrfahrzeuge zum Brand- oder Unfallort möglich. Inwieweit eine Gleichschaltung mit der Ampelanlage im Kreuzungsbereich B8/Neue Hünxer Straße auf dem Weseler Stadtgebiet möglich sei, müsse er noch mit Straßen NRW abklären. Herr Garden bat, das Ergebnis der Unterredung mit ins Protokoll zu nehmen. (Anmerkung der Protokollantin: Die Unterredung mit dem zuständigen FA 32 ergab, dass die Ampelschaltung im Feuerwehr-Einsatzfall im Wege der Ampelanlagen-Feinjustierung auch mit weiter nördlich gelegenen Ampelanlagen (Richtung Wesel) bzgl. Zeiten und Funktionen angepasst werden könne.

Abschließend wies Vorsitzender Schürken daraufhin, dass alle befragten Fachleute diesen zentralen Standort für den Bau des Friedrichsfelder Feuerwehrgerätehauses als äußerst positiv bewertet haben.

6.2 Sachstand Überarbeitung Einzelhandelskonzept sowie Erstellung eines Vergnügungsstättenkonzeptes

Zunächst teilte Herr Seydel mit, dass es zur Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes keine zeitlichen Vorgaben gäbe. Da größere strukturelle Veränderung der Einzelhandelslandschaft in der Innenstadt noch ausstehen, ist eine Überarbeitung des Konzeptes in diesem Jahr nicht zwingend erforderlich. Sollte eine weitere Entwicklung der Innenstadt Voerde erkennbar werden, sollte eine Anpassung des Einzelhandelskonzeptes erfolgen.

Inwieweit die Erstellung eines Vergnügungsstättenkonzeptes noch in diesem Jahr notwendig sei, werde erst nach Erlass der Ausführungsbestimmungen des Landes NRW zum Glücksspielstaatsvertrag, zu entscheiden sein. Es sei durchaus möglich, dass die Voraussetzungen zur Eröffnung von Spielhallen durch diese Ausführungsbestimmungen des Landes NW so eng gefasst werden, dass weitere kommunale Vorschriften nicht mehr erforderlich seien.

7. Verschiedenes

Auf die in der letzten Sitzung von Herrn Langenfurth gestellte Anfrage, teilte Herr Seydel mit, dass die am Hochzeitsweg im Bereich des „Haus Voerde“ gepflanzten Hochzeitsbäume nicht dem Ökokonto der Stadt Voerde (Ndrhh.) zugerechnet werden könnten, da diese bereits in der ökologischen Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung für den B-Plan 118 „Parkanlage Haus Voerde nördlich der Allee“ eingeflossen seien.

Ratsherr Nosbisch regte an, die Bachläufe der Stadt Voerde zu renaturieren. Er machte den Vorschlag, Ausgleich für die durch den Bau des 3. Gleises der Betuwe-Linie in Anspruch genommenen Flächen im Wege einer Reaktivierung der Voerder Bachläufe und des Wassergrabens um das Wasserschloss Voerde zu schaffen. Herr Seydel erläuterte, dass die Idee der Bewässerung des Oberlaufs des Mommbachs bereits in einem Workshop zur Renaturierung der Mommniederung angesprochen wurde. Das vom Bergbau abgepumpte Wasser werde zurzeit entlang des Weseler Weges/Neuer Hammweg bis zur Versickerung Langenhorster Leitgraben geführt. Somit könne das Polderwasser auch zum Mommbach Oberlauf geleitet werden. Gleichzeitig würde dadurch auch der Wassergraben rund um das „Haus Voerde“ ausreichend bewässert werden.

Diese Ausgleichsmaßnahme sei der Deutschen Bahn bereits vorgeschlagen worden. Der Kreis Wesel könne jedoch erst zustimmen, wenn aufgrund einer Vorplanung die Verträglichkeit mit Wasserwirtschaft und Naturhaushalt beurteilt werden könne. Diese Vorplanungen sollten noch bis zum Ende dieses Jahres durchgeführt werden, so dass die Stadt im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für

den Planabschnitt 2.1 (Friedrichsfeld) einen trassenfernen Bachrenaturierungsausgleich anregen könnte. Auch die Bahn habe zu erkennen gegeben, dass sie bereit sei, dieser Anregung zu folgen und die Kosten der Bachrenaturierung zu übernehmen.

Ratsherr Hülser begrüßte diese Art des Ausgleichs. So werde der Flächenverbrauch besonders im Bereich der landwirtschaftlichen Flächen minimiert.

Herr Seydel wies daraufhin, dass das für die Vorplanungen notwendige Gutachten schätzungsweise ca. 30.000,-€ kosten werde. Die Deutsche Bahn lehne die Finanzierung dieses Gutachtens ab, so dass die Stadt die Kostenübernahme sicher stellen müsse.

Ratsherr Garden machte den Vorschlag, die nun nicht mehr erforderlichen, jedoch im Haushalt eingestellten Mittel für die Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes und Erstellung eines Vergnügungstättenkonzeptes für das Gutachten zur Renaturierung der Voerder Bachläufe zu nutzen. Dies wurde von allen Ausschussmitgliedern begrüßt.

Der Ausschuss bat die Verwaltung an, so schnell wie möglich die erforderliche Vorplanung erstellen zu lassen.

Der Vertreter des Seniorenbeirates, Herr Challier, kritisierte, dass es in der Nähe des AWO-Altenheimes, Auf dem Kamp, keine Bänke gäbe, auf denen ältere Menschen verweilen könnten. Auch die öffentlichen Anlagen wären nicht gepflegt und von Wildkräutern überwuchert. Entsprechende Fotos wurden der Schriftführerin übergeben, die von ihr an das zuständige Baubetriebsamt weitergeleitet wurden.

Herr Limke sicherte zu, den Sachverhalt zu überprüfen und eine baldige Antwort zu übermitteln.

Herr Garden fragte nach, inwieweit die Stadt von der neuen Nord-Süd-Stromrassenführung betroffen sei.

Herr Limke erklärte, dass die Fa. Amprion seit 3 Jahren das Planfeststellungsverfahren betreibe. Die Stromtrasse solle im Bereich der Steag verlaufen. Derzeit laufe das Beteiligungsverfahren, an dem die Stadt auch beteiligt werde.

Vorsitzender
gez.
Schürken
Ratsherr

Schriftführerin
gez.:
Krechter

gesehen:
gez.:
Spitzer
Bürgermeister